

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



---

Parlamentsbibliothek  
Recherchen und Statistik  
CH-3003 Bern  
Tel. +41 58 322 97 44  
Fax +41 58 322 96 23  
[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)

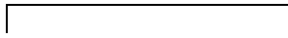
---

Faktenbericht

# Einigungskonferenz

Stand: Frühling 2019

---



*Die Faktenberichte der Parlamentsbibliothek dienen lediglich Informationszwecken. Es können daraus keine Rechte und Pflichten abgeleitet werden.*



---

## **Inhaltsverzeichnis**

I.	Kurzinformation.....	3
1.	Das Verfahren im Allgemeinen .....	3
2.	Besonderheiten beim Voranschlag, den Nachträgen, der Legislaturplanung und dem Finanzplan.....	3
II.	Historisches.....	4
III.	Statistik (Beilage 1).....	4
IV.	Gesetzliche Grundlagen .....	6



## **I. Kurzinformation**

Eine Einigungskonferenz ist eine gemeinsame Kommission beider Räte. Sie wird eingesetzt, wenn auch nach drei Detailberatungen zu einem Geschäft in jedem Rat noch Differenzen bestehen. Die Einigungskonferenz muss eine Verständigungslösung suchen, die anschliessend von beiden Kammern beraten wird.

### **1. Das Verfahren im Allgemeinen**

Die Kommissionen, die das betroffene Geschäft vorberaten haben, entsenden je 13 Mitglieder in die Einigungskonferenz. Die Zusammensetzung richtet sich nach der Stärke der Fraktionen im jeweiligen Rat. Den Vorsitz führt die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident des Erstrates.

Die Einigungskonferenz beschliesst mit der Mehrheit ihrer stimmenden Mitglieder. Die Präsidentin oder der Präsident nimmt an der Abstimmung teil und bei Stimmgleichheit gibt sie oder er den Stichtscheid.

Die Einigungskonferenz stellt einen Einigungsantrag, der alle verbliebenen Differenzen gesamthaft bereinigt. Dieser wird zunächst vom Erstrat behandelt und, sofern dieser dem Einigungsantrag gesamthaft zustimmt, vom andern Rat.

Wird der Einigungsantrag in einem Rat verworfen, dann wird der Erlassentwurf abgeschrieben.

### **2. Besonderheiten beim Voranschlag, den Nachträgen, der Legislaturplanung und dem Finanzplan**

Eine besondere Differenzregelung gilt für den Voranschlag, die Nachträge, den Bundesbeschluss zur Legislaturplanung und den Bundesbeschluss zum Finanzplan:

- Verwirft ein Rat den Einigungsantrag zum Voranschlag des Bundes oder zu einem Nachtrag, gilt jener Beschluss der dritten Beratung als angenommen, der den tieferen Betrag vorsieht.
- Beim Bundesbeschluss über die Legislaturplanung wird die Einigungskonferenz eingesetzt, wenn nach der *ersten* Beratung in jedem Rat Differenzen bestehen. Die Einigungskonferenz stellt zudem zu *jeder* Differenz einen Einigungsantrag, und es wird über jeden Antrag gesondert abgestimmt. Wird ein Antrag abgelehnt, dann wird die betreffende Bestimmung gestrichen.
- Auch bei den Bundesbeschlüssen über den Finanzplan stellt die Einigungskonferenz zu jeder Differenz einen Einigungsantrag.



## II. Historisches

Die Einigungskonferenz wurde mit der Totalrevision des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 9. Oktober 1902 eingeführt. Bis 1992 war die Anzahl der Beratungen in den Räten nicht beschränkt und die Einigungskonferenz wurde erst eingesetzt, wenn ein Rat seinen Beschluss als definitiv erklärte und der andere Rat an seinem anderslautenden Beschluss festhielt.

Als bei der Beratung des Voranschlags 1993 und 1998 eine Einigungskonferenz eingesetzt werden musste, wurde die Frage diskutiert, ob eine Ablehnung des Einigungsantrags die Abschreibung des Budgets zur Folge hätte. Um sicherzustellen, dass auch bei anhaltender Uneinigkeit der Räte ein Beschluss zu Stande kommt, wurde 1998 das besondere Differenzbereinigungsverfahren beim Voranschlag und bei den Nachtragskrediten eingeführt ([98.404](#)).

Seit 2003 unterbreitet der Bundesrat zu Beginn einer Legislaturperiode der Bundesversammlung einen Bericht über die Legislaturplanung und einen einfachen Bundesbeschluss über die Ziele der Legislaturplanung. Nachdem der Bundesbeschluss über die Ziele der Legislaturplanung im Nationalrat keine Mehrheit fand, wurde 2003 das besondere Differenzbereinigungsverfahren für die Legislaturplanung eingeführt. Ein Bundesbeschluss über die Legislaturplanung sollte auch dann zustande kommen, wenn sich die Räte nicht bei jeder einzelnen Bestimmung einig sind ([04.438](#) / [04.449](#)).

Seit 2016 nimmt die Bundesversammlung den Finanzplan in der Form eines einfachen Bundesbeschlusses zur Kenntnis ([13.092](#)).

## III. Statistik (Beilage 1)

Unter dem bis 1. Februar 1992 geltenden Recht fanden 15 Einigungskonferenzen statt. 12 führten zu einem positiven Ergebnis, in zwei Fällen kam kein Einigungsantrag zustande, und in einem Fall wurde der Einigungsantrag vom Ständerat abgelehnt.

1992 bis zur Herbstsession 1999 wurden bei 27 Vorlagen Einigungskonferenzen eingesetzt, wobei die Räte deren Antrag stets annahmen.

Seit Beginn der 46. Legislaturperiode wurden bei 110 Vorlagen (46. Legislatur: 20; 47. Legislatur: 16; 48. Legislatur: 29; 49. Legislatur: 21; 50. Legislatur: 24) eine Einigungskonferenz eingesetzt. In insgesamt siebzehn Fällen (47. Legislatur: 3; 48. Legislatur: 5; 49. Legislatur: 4; 50. Legislatur: 5) wurden ihre Anträge (oder einige ihrer Anträge [Legislaturplanung]) nicht angenommen.

Beim Voranschlag und den Nachträgen kam es seit 1999 zwölfmal zu einer Einigungskonferenz. Sechsmal (Voranschlag 2005, 2014, 2017, 2018, 2019 und Nachtrag I 2017) lehnten die Räte den Einigungsantrag ab, sodass der Beschluss der dritten Beratung jenes Rates, der den tieferen Betrag beschlossen hatte, als angenommen galt.

Das besondere Differenzbereinigungsverfahren bei der Legislaturplanung kam bisher zweimal zur Anwendung, ebenso jenes beim Finanzplan (Finanzplan 2017 und 2019).



Der Antrag der Einigungskonferenz scheiterte in folgenden Fällen:

*47. Legislaturperiode*

- 17. Dezember 2003: [00.079](#) Revision des Krankenversicherungsgesetzes (Ablehnung des Antrags durch den Nationalrat).
- 16. Dezember 2004: [04.047](#) Voranschlag 2005; Kürzung des Budgets der Pro Helvetia um eine Million Franken als Folge einer umstrittenen Ausstellung des Künstlers Hirschhorn in Paris (Ablehnung durch den Ständerat).
- 17. März 2005: [04.036](#) Rüstungsprogramm 2004; strittig war der Kauf von zwei Transportflugzeugen. Dieser wurde von der SVP, der SP und der Grünen Fraktion abgelehnt (Ablehnung durch den Nationalrat).

*48. Legislaturperiode*

- 1. Oktober 2008: [04.062](#) Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes; es ging um die 2. Managed Care-Vorlage, Medikamentenpreise (Ablehnung durch den Nationalrat).
- 10. Juni 2009: [08.027](#) Teilrevision des Militärgesetzes (Ablehnung durch den Nationalrat).
- 6. Dezember 2010: [05.453](#) Parlamentarische Initiative „Verbote von Pitbulls in der Schweiz“ (Ablehnung durch den Nationalrat).
- 28. September 2011: [09.074](#) Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ (Vorlage 1: Ablehnung durch den Nationalrat; Vorlage 2: Ablehnung durch den Ständerat).

*49. Legislaturperiode*

- 27. September 2012: [09.076](#) Präventionsgesetz (Ablehnung durch den Ständerat).
- 19. Juni 2013: [11.030](#) Zweites Massnahmenpaket der 6. IV-Revision (Ablehnung durch den Ständerat).
- 15.06.2012: [12.008](#) Legislaturplanung 2011 – 2015 mehrere Anträge der Einigungskonferenz wurden verworfen und somit wurden die entsprechenden Bestimmungen gestrichen (Ablehnung durch den Ständerat).
- 12. Dezember 2013: [13.041](#) Voranschlag 2014; in der Folge wurden die Sach- und Betriebsausgaben der Bundesverwaltung um 150 Mio. Franken gekürzt und die Beiträge im Zusammenhang mit dem „Schoggi-Gesetz“ nicht erhöht (Ablehnung durch den Nationalrat).



#### 50. Legislaturperiode

- 15. Dezember 2016: [16.041](#) Voranschlag 2017; somit traten die Querschnittskürzungen beim Bundespersonal, bei den externen Beratern und bei der Informatik von insgesamt 128 Millionen Franken in Kraft (Ablehnung durch den Nationalrat).
- 15. Juni 2017: [17.007](#) Voranschlag 2017. Nachtrag I; somit wurde der Nachtragkredit für die Bundesanwaltschaft und der Verpflichtungskredit für die Statistik über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) 2017-2024 für die Eidgenössische Steuerverwaltung nicht gewährt (Ablehnung durch den Nationalrat).
- 14. Dezember 2017: [17.041](#) Voranschlag 2018; somit wurde die Einlage in den AHV-Fonds nicht getätigt, die Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge gekürzt, das Personal des Grenzwachtkorps nicht aufgestockt, kein zusätzliches Geld für die höhere Berufsbildung gesprochen und die vom Bundesrat gewünschte zusätzliche Tranche in den Bahninfrastrukturfonds wurden nicht überwiesen (Ablehnung durch den Ständerat).
- 13. Dezember 2018: [18.041](#) Voranschlag 2019 sowie Finanzplan 2020-2022; somit wurde das Personal der Eidgenössischen Finanzkontrolle nicht aufgestockt (Ablehnung Nationalrat).

#### IV. Gesetzliche Grundlagen

[Bundesgesetz über die Bundesversammlung \(Parlamentsgesetz, ParlG\) vom 13. Dezember 2002, Art. 91 - 94a \(in Kraft seit dem 1. Dezember 2003\)](#)



## Beilage 1: Statistik

### Einigungskonferenzen seit der Wintersession 1991

44. Legislatur (1991-1995)	7
45. Legislatur (1995-1999)	20
46. Legislatur (1999-2003)	20
47. Legislatur (2003-2007)	16
48. Legislatur (2007-2011)	29
49. Legislatur (2011-2015)	21
50. Legislatur (2015-2019)	24
<b>Total</b>	<b>137</b>

### Liste der Einigungskonferenzen

	Geschäft		Kommissionen	
			NR	SR
08.10.1992	92.038	Bundeshaushalt. Sanierungsmassnahmen 1992	FK	FK
16.12.1992	92.064	Voranschlag der Eidgenossenschaft 1993	FK	FK
15.03.1994	91.071	Krankenversicherung. Revision	SGK	SGK
28.09.1994	93.029	Direkte Bundessteuer (DBG). Bundesgesetz. Aenderung	WAK	WAK
24.02.1995	91.045	Natur- und Heimatschutz. Bundesgesetz. Revision	UREK	UREK
21.06.1995	93.095	Arbeitslosenversicherungsgesetz. Teilrevision	WAK	SGK
03.10.1995	93.075	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz	SPK	Spezial
17.03.1997	95.046	"Jugend ohne Drogen" und "für eine vernünftige Drogenpolitik" (Droleg-Initiative). Volksinitiativen	SGK	SGK
18.06.1997	90.257	Pa. Iv. Erwerb des Schweizer Bürgerrechts	SPK	SPK
19.06.1997	96.072	Gewässerschutzgesetz	UREK	UREK
17.12.1997	97.061	Voranschlag 1998 und Bericht zum Finanzplan 1999-2001	FK	FK





	Geschäft		Kommissionen	
			NR	SR
19.03.1998	96.060	Agrarpolitik 2002	WAK	WAK
23.06.1998	95.079	Zivilgesetzbuch	RK	RK
25.06.1998	95.088	Asylgesetz und Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)	SPK	SPK
25.06.1998	95.088	Asylgesetz und ANAG	SPK	SPK
11.12.1998	96.091	Bundesverfassung. Reform (Vorlage 1)	VK	VK
11.12.1998	96.091	Bundesverfassung. Reform (Vorlage 2)	VK	VK
11.12.1998	96.091	Bundesverfassung. Reform (Vorlage 3)	VK	VK
08.06.1999	93.461	Pa. Iv. Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer	WAK	WAK
30.09.1999	97.400	Pa. Iv. Risikokapital	WAK	WAK
05.10.1999	97.030	CO <sub>2</sub> -Emissionen. Bundesgesetz	UREK	UREK
05.10.1999	99.401	Pa. Iv. Förderungsabgabebeschluss	UREK	UREK
05.10.1999	97.028	"Energie-Umwelt- und Solar-Initiative". Volksinitiativen (Vorlage 1)	UREK	UREK
05.10.1999	97.028	"Energie-Umwelt- und Solar-Initiative". Volksinitiativen (Vorlage 2)	UREK	UREK
06.10.1999	99.419	Pa. Iv. Geschäftsverkehrsgesetz (Vorlage 1)	SPK	SPK
06.10.1999	99.419	Pa. Iv. Geschäftsverkehrsgesetz (Vorlage 2)	SPK	SPK
07.10.1999	96.091	Bundesverfassung Reform (Vorlage 4)	VK	VK
22.03.2000	98.058	Krankenversicherungsgesetz.	SGK	SGK
05.10.2000	98.037	Post- und Fernmeldeverkehr. Überwachung	RK	RK
13.12.2000	00.062	Voranschlag 2001	FK	FK
13.12.2000	99.055	Elektrizitätsmarktgesetz	UREK	UREK
07.06.2001	98.075	Haager Übereinkommen über den Schutz von Kindern	RK	RK
20.06.2002	01.079	Bundesgesetz über die politischen Rechte	SPK	SPK
20.06.2002	02.400	Pa. Iv. Unterstützung zur Erfüllung der parlamentarischen Aufgaben	SPK	SPK



	<b>Geschäft</b>		<b>Kommissionen</b>	
			<b>NR</b>	<b>SR</b>
03.12.2002	99.076	Teilrevision des Mietrechtes im Obligationenrecht und Volksinitiative "Ja zu fairen Mieten"	RK	RK
12.12.2002	00.094	"Gleiche Rechte für Behinderte". Volksinitiative und Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen behinderter Menschen	SGK	SGK
11.12.2002	01.401	Pa. Iv. Parlamentsgesetz	SPK	SPK
12.12.2002	00.072	Berufsbildungsgesetz	WBK	WBK
13.03.2003	01.022	"MoratoriumPlus" und "Strom ohne Atom". Volksinitiativen und Kernenergiegesetz	UREK	UREK
20.03.2003	02.020	Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung. Änderung	WAK	WAK
05.06.2003	01.021	Steuerpaket 2001 (Vorlage 1)	WAK	WAK
05.06.2003	01.021	Steuerpaket 2001 (Vorlage 2)	WAK	WAK
18.06.2003	02.072	Tourismusförderung des Bundes	WAK	WAK
24.09.2003	00.014	11. AHV-Revision (Vorlage 1)	SGK	SGK
24.09.2003	00.014	11. AHV-Revision (Vorlage 2)	SGK	SGK
25.09.2003	00.027	1. BVG-Revision	SGK	SGK
01.10.2003	02.050	Nationalbankgesetz. Revision	WAK	WAK
09.12.2003	03.047	Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt (Vorlage 1)	SpezK	SpezK
09.12.2003	03.047	Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt (Vorlage 6)	SpezK	SpezK
15.12.2003	00.079	Krankenversicherungsgesetz. (Spitalfinanzierung)	SGK	SGK
08.06.2004	03.060	Berufliche Vorsorge. Sanierungsmassnahmen	SGK	SGK
15.12.2004	03.076	Bundesgesetz über die Fachhochschulen	WBK	WBK
16.12.2004	04.047	Voranschlag 2005	FK	FK
17.03.2005	04.036	Rüstungsprogramm 2004	SiK	SiK
08.12.2005	98.451	Pa. Iv. Altlasten. Untersuchungskosten	UREK	UREK
13.12.2005	04.065	Schweizerische Exportrisikoversicherung	WAK	WAK



	Geschäft		Kommissionen	
			NR	SR
15.12.2005	05.047	Voranschlag 2006	FK	FK
21.03.2006	03.073	Fernmeldegesetz. Änderung	KVF	KVF
20.03.2007	04.083	Stromversorgungsgesetz und Elektrizitätsgesetz	UREK	UREK
19.06.2007	06.038	Agrarpolitik 2011. Weiterentwicklung	WAK	WAK
20.06.2007	06.017	Finanzmarktaufsichtsgesetz	WAK	WAK
21.06.2007	06.425	Pa. Iv. Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten	SPK	SPK
02.10.2007	07.024	Standortförderung 2008-2011	WAK	WAK
20.12.2007	04.061	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Spitalfinanzierung (Vorlage 1)	SGK	SGK
20.12.2007	04.061	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Spitalfinanzierung (Vorlage 2)	SGK	SGK
18.03.2008	06.009	Zwangsanwendungsgesetz	SPK	SPK
05.06.2008	05.025	Bundesgesetz über die Neuordnung der Pflegefinanzierung	SGK	SGK
11.06.2008	05.053	IV. Zusatzfinanzierung	SGK	SGK
12.06.2008	08.029	Freizügigkeitsabkommen. Weiterführung sowie Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien	APK	APK
19.08.2008	08.007	Legislaturplanung 2007-2011	SPK	SPK
24.09.2008	04.062	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Managed Care	SGK	SGK
01.10.2008	04.476	Pa. Iv. Gutzwiller Felix. Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen	SGK	SGK
17.03.2009	05.092	Strafprozessrecht. Vereinheitlichung	RK	RK
10.06.2009	08.027	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG)	SiK	SiK
11.06.2009	08.054	Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse	WAK	WAK
24.09.2009	09.062	Konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen. Befristetes Bundesgesetz	WAK	WAK
24.09.2009	09.032	Kalte Progression bei der direkten Bundessteuer. Ausgleich der Folgen	WAK	WAK
24.09.2009	07.074	Programm Media 2007-2013. Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft	APK	APK



	Geschäft		Kommissionen	
			NR	SR
10.12.2009	09.051	Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Verordnung über das Visa-Informationssystem	SPK	SPK
10.12.2009	09.044	Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Änderung des Waffengesetzes (Vorlage 1)	SPK	SPK
10.12.2009	09.044	Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Änderung des Waffengesetzes (Vorlage 2)	SPK	SPK
10.03.2010	08.012	Nationalstrassenabgabegesetz	KVF	KVF
17.06.2010	10.038	Amtshilfesuch der USA betreffend UBS AG. Abkommen	WAK	WAK
23.09.2010	09.053	Krankenversicherungsgesetz (KVG). Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung	SGK	SGK
02.12.2010	05.453	Pa. Iv. Kohler Pierre. Verbot von Pitbulls in der Schweiz	WBK	WBK
07.12.2010	07.062	Raumplanungsgesetz (RPG). Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Flankierende Massnahmen zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	UREK	UREK
01.06.2011	09.082	Sportförderungsgesetz sowie Bundesgesetz über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport	WBK	WBK
15.06.2011	09.069	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Änderung	RK	RK
14.09.2011	04.062	Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Teilrevision. Managed Care	SGK	SGK
28.09.2011	11.028	Bankengesetz. Änderung ("too big to fail")	WAK	WAK
28.09.2011	09.074	Bauspar-Initiative sowie "Eigene vier Wände dank Bausparen". Volksinitiativen (Vorlage 1)	WAK	WAK
28.09.2011	09.074	Bauspar-Initiative sowie "Eigene vier Wände dank Bausparen". Volksinitiativen (Vorlage 2)	WAK	WAK
06.12.2011	10.109	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation im Jahr 2012	WBK	WBK
08.12.2011	08.011	OR. Aktien- und Rechnungslegungsrecht	RK	RK
21.12.2011	11.041	Voranschlag der Eidgenossenschaft 2012	FK	FK
16.03.2012	10.443	Pa. Iv. RK-SR. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative "gegen die Abzockerei"	RK	RK
12.06.2012	12.008	Legislaturplanung 2011-2015	LPK	LPK
26.09.2012	10.052	Asylgesetz. Änderung	SPK	SPK



	Geschäft		Kommissionen	
			NR	SR
26.09.2012	09.076	Präventionsgesetz	SGK	SGK
13.12.2012	12.041	Voranschlag der Eidgenossenschaft 2013	FK	FK
19.06.2013	11.030	6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket	SGK	SGK
19.06.2013	10.077	Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz. Sanierungsrecht	RK	RK
12.12.2013	13.041	Voranschlag der Eidgenossenschaft 2014	FK	FK
17.06.2014	11.022	Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision	SPK	SPK
17.09.2014	12.069	Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge. Vorläufige Anwendung und Verträge von beschränkter Tragweite	SPK	SPK
08.12.2014	13.058	Stipendien-Initiative und Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes	WBK	WBK
10.12.2014	13.106	Umsetzung der Empfehlungen 2012 der Groupe d'action financière	RK	RK
11.12.2014	14.041	Voranschlag der Eidgenossenschaft 2015	FK	FK
19.03.2015	13.060	Medizinalberufegesetz. Änderung	SGK	SGK
04.06.2015	12.046	StGB und Militärstrafgesetz (MStG). Änderung des Sanktionenrechts	RK	RK
10.06.2015	13.085	Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe. Volksinitiative	WAK	WAK
18.06.2015	06.441	Parlamentarische Initiative Bonhôte Pierre. Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf	RK	RK
24.09.2015	15.019	Standortförderung 2016-2019	WAK	WAK
16.12.2015	15.041	Voranschlag	FK	FK
09.03.2016	12.080	Heilmittelgesetz. Änderung	SGK	SGK
15.03.2016	13.025	Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Änderung	RK	RK
16.03.2016	14.046	Bundesgesetz über den Wald. Änderung	UREK	UREK
12.06.2016	16.016	Legislaturplanung 2015-2019	LPK	LPK
16.06.2016	16.028	Freizügigkeitsabkommen. Ausdehnung auf Kroatien	APK	APK



	Geschäft		Kommissionen	
			NR	SR
29.09.2016	15.025	Mehrwertsteuergesetz. Teilrevision	WAK	WAK
15.12.2016	16.041	Bundesbeschluss Ia über den Voranschlag für das Jahr 2017	FK	FK
15.12.2016	16.041	Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2018–2020	FK	FK
15.03.2017	16.045	Stabilisierungsprogramm 2017-2019	FK	FK
16.03.2017	14.088	Altersvorsorge 2020. Reform	SGK	SGK
16.03.2017	14.088	Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	SGK	SGK
15.06.2017	17.007	Voranschlag 2017. Nachtrag I und Ia	FK	FK
14.09.2017	14.417	Parlamentarische Initiative: Nachbesserung der Pflegefinanzierung	SGK	SGK
27.09.2017	15.069	Geldspielgesetz	RK	RK
14.12.2017	15.033	ZGB. Kinderschutz	RK	RK
12.12.2017	16.035	Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz	UREK	UREK
13.12.2017	17.041	Bundesbeschluss Ia über den Voranschlag für das Jahr 2018	FK	FK
13.12.2017	17.041	Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2018	FK	FK
13.12.2017	17.041	Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2019–2021	FK	FK
12.12.2018	18.041	Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2019	FK	FK
12.12.2018	18.041	Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2020-2022	FK	FK
20.03.2019	18.081	Heilmittelgesetz. Neue Medizinprodukte-Regulierung	SGK	SGK
07.03.2019	16.065	ELG. Änderung (EL-Reform)	SGK	SGK